

am Ende seines Lateins wäre.

Die Frage kann also für uns nur die sein: es müssen, wie schon gesagt, die Arbeitslosen praktisch durch die Tätigkeit in den Betrieben von den anderen Arbeitern vertreten werden. Die Betriebsorganisation muß die Arbeitslosen zusammenfassen und muß in allen Betriebsversammlungen darauf dringen, daß die Arbeitslosen zu den Betriebsversammlungen zugelassen werden. Die Partei als solche muß auch in ihren Bezirken die Arbeitslosen zusammenfassen. Wir sind uns dessen bewußt, daß wir mit diesen klaren, eintönigen, nüchternen, aber wahren Tatsachen die Arbeitslosen vielleicht in ihrer gesamten Masse noch nicht erfassen können. Wir sind uns aber dessen bewußt, daß, wenn es uns gelingt, einen Vortrupp zu schaffen, wenn unsere Genossen ihrerseits zur Aufklärung beitragen, wenn sie überall in die Arbeitslosenversammlungen, in die Arbeitsnachweise den K.A.P.D.-Geist hineinbringen und so eine organisatorische Vorarbeit leisten, dann im gegebenen Moment, wie die Zusammensetzung der Vollversammlung in Berlin zeigt, die Arbeitslosen tatsächlich einen Faktor auf dieser Grundlage für die Revolution bilden werden.

Weiterhin müssen wir dazu übergehen, nun praktisch überall zu versuchen, die Parole der Aktionsausschüsse oder der politischen Arbeiterräte in die Tat umzusetzen. Wir müssen immer und immer wieder darauf hinweisen, daß die Frage der Arbeitslosigkeit nur gelöst werden kann durch den Sturz des kapitalistischen Systems. Und wir müssen immer wieder die Arbeitslosen auffordern, nun ihrerseits den ersten Schritt zu tun und jene wirtschaftlichen Magistratsräte zum Teufel zu jagen. Die Arbeitslosen müssen sich zusammenschließen. Und unsere Partei hat die Aufgabe, ebenso auch die Betriebsorganisation, nun mit allen Mitteln den Parolen der Aktionsausschüsse zum Durchbruch zu verhelfen, damit eben in jeder Situation, die sehr bald und jeden Tag eintreten kann, den Arbeitern voranleuchtet die aktive Solidarität der Arbeitenden mit den Arbeitslosen in ihren Aktionsausschüssen. Darüber müssen wir uns heute grundsätzlich klar werden, daß sich unsere Partei dafür grundsätzlich einsetzen muß und niemals wieder davon ablassen kann.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, Genossen, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland und in den übrigen Ländern noch Dimensionen annehmen kann, die wir vielleicht heute noch garnicht übersehen können. Wir können heute auch noch nicht übersehen, welche Kraft eventuell jene hemmenden Elemente noch entwickeln können. Aber ein wichtiger Punkt scheint mir auch darin zu liegen, irgendein Mittel zu finden, damit wir rücksichtslos von seiten

der Partei den Kampf um die Gewerkschaften entlarven. Ich muß da etwas abschweifen. Wir müssen uns aber darüber klar werden. Man hält es vielleicht für überflüssig, darüber überhaupt noch zu reden. Im Grunde genommen ist das auch richtig. Aber gerade die Arbeitslosen richten ihre Blicke noch viel auf die K.P.D., Und wenn heute der Kampf in der Presse um die Eroberung dieser Zerreißmaschine, dieser Gewerkschaften tobt, so müssen wir auch grundsätzlich nicht bloß auf diese Lüge hinweisen, daß dadurch, daß diese Maschinen in einen anderen Besitz übergehen, nichts geändert wird, sondern wir müssen auch grundsätzlich auf die Lüge hinweisen, daß das überhaupt von denjenigen Leuten, die das tatsächlich propagieren, selbst garnicht geglaubt wird. Wir wissen alle, daß gerade die Gewerkschaften die Verbindung zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat sind. Wir wissen alle, daß der Fluch der proletarischen Revolution hindurch geht durch das Volksganze, daß die Wirtschaft infolgedessen erschüttert wird und daß die Wirtschaft doch das Fundament des Staates bildet und das dann zur Wirkung hat, daß auch der Glaube an die bestehende Gesellschaftsordnung erschüttert wird und daß die Gewerkschaften, wenn wirklich nun diese Gegensätze auseinanderreißen, wenn wirklich dieses Volksganze zerrissen wird, schon deswegen zerrissen werden müssen, weil sie in diesen Riß hineinstürzen müssen. Wir wissen auch genau, daß niemals diese Institutionen in der Revolution einen Kompromiß eingehen. Wir müssen klipp und klar auch den Arbeitslosen sagen, daß die Gewerkschaften deswegen garnicht erobert werden können, weil die Gewerkschaften Demokratie und Diktatur gegenseitig vereinigen, daß sie deswegen nur auf wirtschaftlicher Basis stehen, innerhalb des kapitalistischen Staates kämpfen können und daß dadurch die Opposition in den Gewerkschaften stets gezwungen wird, entweder sich zu unterwerfen oder tatsächlich die Spaltung zu vollziehen. Und wenn sie das nicht will, wenn sie die Gewerkschaften nicht spalten will, so muß sie selbstverständlich auch zugeben, daß sie dann keine ernsthafte Opposition in den Gewerkschaften treiben kann. (Sehr gut!) Sie muß also in der Praxis, wenn sie diesen Apparat erhalten will, diesen Apparat benutzen gegen die Revolution, damit sie ja zu revolutionären Situationen keine Stellung zu nehmen braucht. Und eine revolutionäre Partei, die nun wirklich vorgibt, der Vortrupp des Proletariats zu sein, kann selbstverständlich nicht in irgendwelcher Verbindung mit irgendwelchen bürgerlichen Elementen stehen. Deswegen muß auch den Arbeitslosen in dieser Richtung ganz klarer Wein eingeschenkt werden. Die Leute wissen ganz genau, daß, wenn sie zu einer revolutionären Aktion Stellung nehmen

müssen, sie gegen die Gewerkschaften Stellung nehmen müssen. Aber sie haben immer wieder im Auge, den Arbeitern vorzureden, sie wollen die Gewerkschaften erobern. In Wirklichkeit wissen sie aber ganz genau, daß sie die Gewerkschaften garnicht erobern können, daß dieser Riß eintreten muß, und sie scheuen sich nur, sich jetzt zu kompromittieren, nachdem sie sich vorher festgelegt haben. Sie wissen, daß ihre Zeit gekommen ist, sie wissen, daß über kurz oder lang die Arbeiterschaft zur Aktion weiterschreiten muß und daß sie das gegen die Gewerkschaften tun wird. Jede Partei, die den Kampf wirklich führen will durch Aktionsausschüsse, durch die Räte, die die Solidarität der Arbeitenden mit den Arbeitslosen betont, kann den Kampf nur führen mit den Räten gegen die Gewerkschaften. (Sehr richtig!) Es muß auch klipp und klar ausgesprochen werden, daß man alles versucht, die Arbeitslosen immer und überall einzufangen mit irgendwelchen Versprechungen, während man selbst nicht an diese glaubt, die letzten Endes nur darauf hinauslaufen, daß man immer wieder die Schuld anderen zuschieben will, daß man immer wieder sagt: seht, wir wollten ja, wir sind diejenigen, aber die anderen wollen nicht! Und daß man noch nicht den Entschluß aufgebracht hat, sich nun wirklich abseits der kapitalistischen Geisteswelt zu stellen und den Kampf in erster Linie gegen diejenigen Gebilde aufzunehmen, die in der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft entstanden sind und die nun aus Selbsterhaltungstrieb konterrevolutionär wirken müssen, wenn sie nicht zerstört werden wollen, weil sie ja die Basis zwischen Kapital und Arbeit, diese Verhandlungsbasis brauchen, um leben zu können.

Das wollte ich noch einfügen, um darüber Klarheit zu schaffen, daß wir niemals leichtfertig darüber hinweggehen sollen, daß wir stets und ständig auch hier diese eintönige Melodie gegenüber den Arbeitslosen spielen und daß wir den Arbeitslosen als eine kleine revolutionäre Partei nur das eine bieten können: wir müssen unsere Genossen verpflichten und werden sie verpflichten, und sie werden es auch sich heraus tun, nun sich praktisch an die Seite der Arbeitslosen zu stellen.

Die erste Frage ist die, zu organisieren, um die Arbeitslosen durch Aktionsausschüsse mit den Arbeitenden zu verbinden. Die zweite Frage ist, überall in den Betriebsversammlungen das auf die Tagesordnung zu bringen. Dann müssen die Erwerbslosen mit den Arbeitern in den Betrieben zu Vollversammlungen zusammengeschlossen werden. An jedem Ort und überall müssen die Vorbedingungen auf der Grundlage der Partei geschaffen werden, damit wir im gegebenen Moment nun auch wirklich die Verbindungen über die

Stadt, über den Bezirk hergestellt haben.

Ich habe das hier schon in einer Nummer der kommunistischen Arbeiterzeitung in kurzen Zügen niedergelegt. Vielleicht kann nachher eine Kommission gebildet werden, die sich mit allen diesen Fragen befaßt und eventuell Richtlinien ausarbeitet. Ich möchte also grundsätzlich dazu sagen: während in der heutigen kapitalistischen Epoche die Arbeitslosigkeit ins Riesenhafte steigt, während diese als ein Stadium der kapitalistischen Entwicklung selbst angesehen werden muß, während die Arbeitslosen verlassen sind von dem bürgerlichen Klassenstaat und auch von denjenigen Institutionen, die im Interesse der Selbsterhaltung nun konterrevolutionär handeln müssen, müssen wir dazu übergehen, den Versuch zu machen, die Arbeitslosen zu einem Faktor der Revolution zu machen.

Die gesetzlichen Erwerbslosenräte machen jetzt überall da, wo die Arbeitslosen sie schon hinweggefegt haben und wo die Arbeitslosen auf dem Standpunkt stehen, daß die Erwerbslosenfrage nicht eine Frage einer Partei ist, sondern daß die Erwerbslosenfrage in dieser Richtung der Kampf der gesamten Arbeiterschaft um ihre Befreiung ist -überall da, wie auch in Berlin, wo die Erwerbslosen tatsächlich das stärkste Bollwerk gegen die Gewerkschaften bilden- versucht man, gegen den Willen der Gewerkschaften nun Stimmung zu machen gegen die politischen Arbeiterräte. Überall, in allen Erwerbslosenversammlungen tauchen jene Leute auf, die nun von den politischen Arbeiterräten verlangen, sie sollen einen Bericht über ihre Tätigkeit geben. Nun, Genossen, stellt euch das mal in der Praxis vor! Welche furchtbare Demagogie liegt in diesen Worten! (Sehr richtig!) Die Arbeitslosen müssen jede Illusion von sich streifen und versuchen, sich organisatorisch zusammenzufinden und die Solidarität mit den Arbeitenden herzustellen. Sie haben sich schon überzeugen lassen, daß, wenn sie provoziert werden, wenn sie irgendwie Verschlechterungen in ihren Bezügen erfahren, es genügt, wenn sie sich zusammentun, wenn dieses Klassenbewußtsein erwacht, um die Bourgeoisie zu veranlassen wie früher, diesen und jenen Brocken hinzuwerfen. Die Arbeitslosen haben erkannt, daß dieser Zusammenschluß und dieses Bestehen, das Schonvorhandensein als ein revolutionärer Faktor viel früher der Bourgeoisie jene Brocken abgezwungen hat, die sie ihnen hinwirft, um dadurch zu erreichen, daß sich die Arbeitslosen gegenseitig in einen Kampf stürzen. Die Arbeitslosen sind nun schon vorgeschritten zu diesem revolutionären Stadium und haben das schon erkannt. Sie befinden sich in einer wunderbaren Disziplin. Sie haben sich durchgerungen und haben mit zusammengebissenen Zähnen zu ihren Räten ge-

standen und müssen zusehen, daß die Arbeiter in den Betrieben ihnen noch nicht einmal helfen. Die V.K.P.D. sagt: nun stellen wir einen Antrag, und der politische Arbeiterrat zeige, was er für die Erwerbslosen bis jetzt schon geleistet hat. Und hinterher spricht man selbst aus, daß die Arbeitslosenfrage nicht eine Frage ist, die gelöst werden kann innerhalb des kapitalistischen Staates, sondern nur durch die Zusammenarbeit der Erwerbslosen mit den Arbeitenden im Betriebe. Das ist kein revolutionärer Standpunkt, sondern auch ein konterrevolutionärer (sehr richtig!), deswegen, weil auch das von den Gewerkschaften gefordert wird: was habt Ihr denn für die Arbeiterschaft schon geleistet? Die wirklich revolutionäre Einheit, die sich aufbaut, hat zuerst diejenigen zu stürzen, die dem Proletariat hindernd im Wege stehen, d.h., wenn die Erwerbslosen und die Arbeitenden sich aufraffen und wirklich einen Kampf aufnehmen wollen, dann werden sie erst einen Kampf bestehen müssen mit derjenigen Schicht, die zwischen Bourgeoisie und Proletariat steht, mit derjenigen Schicht, die sich früher selbst aus ihren eigenen Reihen entwickelt hat und die den Apparat dazu mißbraucht, um die Arbeiterschaft niederzuhalten. Die politischen Arbeiterräte werden nachher selbst Rechenschaft ablegen über ihre Tätigkeit. Sie haben auch an die Dritte Internationale dahingehend einen offenen Brief gerichtet.

Ich möchte zum Schluß sagen: Genossen, die Arbeitslosenfrage ist für uns diese eintönige Frage, die auch so eintönig behandelt werden kann, über die man stundenlang reden kann und bei der man zu dem eintönigen Schluß kommt: die Arbeitslosenfrage ist die Frage, in der unsere Partei verkörpert ist, die Arbeitslosenfrage zeigt uns am klarsten die bestehende Situation, sie zeigt uns, daß die Vorbedingungen für die Befreiung der Arbeiterklasse die proletarische Diktatur ist. Und um die Vorbedingungen der proletarischen Diktatur zu schaffen, ist es nötig, daß die Arbeitslosen mit den Arbeitenden in einer Front stehen. Das muß weiter getrieben werden. Wir dürfen uns nicht von dem Gedanken leiten lassen, daß die Revolution ein einmaliger Akt ist. Wir wissen genau, daß, wenn heute ein revolutionärer Akt einsetzt, die Arbeiterschaft in Westeuropa nicht mit einem Schlage zur Macht kommen wird und daß diese Instrumente, die Gewerkschaften und die parlamentarischen Parteien mit ihrem Apparat noch eine Stärke in sich haben, die jedesmal nach der Aktion in die Erscheinung tritt, und daß wir deswegen den Gedanken bei den Erwerbslosen und den Arbeitenden wachrufen müssen: wenn Ihr schon gegen die Bourgeoisie kämpfen wollt, so ist die erste Aufgabe, daß Ihr durch Eure Organe den Kampf aufnehmt gegen

diejenigen, die euch in jedem Kampfe in den Arm fallen. Und wenn wir auch wissen, daß sie vielleicht in den Hintergrund gedrückt werden, wenn wir auch wissen, daß bei Ergreifung der politischen Macht, bei einer revolutionären Situation, bei einer Rebellion die Arbeiterschaft an die Macht kommen kann, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß in dieser ganzen Periode, in diesem ganzen Prozeß, der vielleicht Jahre in Anspruch nehmen kann, auch die Zertrümmerung der Gewerkschaften und der Parteien vielleicht ein Prozeß ist, der sich sehr lange ausdehnen kann und daß unsere Kraft einerseits eingestellt werden muß auf die geistige Beschaffenheit der Arbeiterschaft, die dahingehend geweckt werden muß, daß nicht bloß in einer revolutionären Situation, sondern auch in Zeiten der Stagnation, wenn es nicht möglich ist, den Kampf gegen die Bourgeoisie aktiv zu führen, immer und immer mit allen Mitteln diesen Parteien und diesen Institutionen Abbruch getan werden muß, die die Arbeiterschaft an der Solidarität hindern. Das ist ein Stück von unserem Programm, und auf diesem Wege müssen wir fortschreiten.

Wenn es uns gelingt, Genossen - und ich bin fest davon überzeugt auf Grund der Zusammensetzung, daß die Arbeitslosen in einer revolutionären Situation unserer Parole folgen-, den Arbeitslosen tatsächlich zu zeigen, daß wir, weil wir die Wahrheit bekennen und ihnen nichts bieten können, ihnen diese Illusion rauben, daß ihnen in diesem kapitalistischen Staate geholfen werden kann, ihnen auch sagen, daß alles Geschrei nichts nützt, daß der Kapitalismus garnicht anders handeln kann, weil er doch selbst vom Selbsterhaltungstrieb getrieben wird - wenn wir das den Arbeitslosen sagen, so wird es vielleicht momentan eine Ernüchterung bei der großen Masse wachrufen. Aber wenn wir ihnen zu gleicherzeit durch die Tat in den Betrieben beweisen, daß unsere Genossen für die Arbeitslosen eintreten, so werden wir auch die Masse der Erwerbslosen hinter uns bekommen, denn die beste Propaganda ist die Tat. Und wenn wir die Erwerbslosen heute hinter uns bekommen, so tun wir es nicht deswegen, um ein Anhängsel zu haben, um Stimmenfang zu treiben, wir tun es nicht aus den Motiven heraus, aus denen es die anderen Parteien tun, damit sie irgendwie eine große Schar um sich haben, die ihre Parolen befolgt und in Wirklichkeit bloß ihre konterrevolutionäre Position stärkt, sondern wir tun es deswegen, um den Gedanken wachzurufen: wenn Ihr den Kampf aufnehmt auf der Grundlage der kommunistischen Arbeiterpartei und der Betriebsorganisation, so werdet Ihr dadurch am besten Eure eigenen Interessen vertreten; wenn Ihr kämpft für Eure Räte und für die aktive Solidarität, für den Zusammen-

schluß der Arbeiterschaft auf dieser Grundlage, so werdet Ihr dadurch den Weg gehen, der zur wirklichen Vereinigung der Arbeiter auf der Grundlage der Klassensolidarität führt. Und wenn Ihr das tut, dann werdet Ihr in der Lage sein, den Kampf siegreich durchzuführen und Euch zu befreien. Wenn Ihr für die Räte kämpft, kämpft Ihr in erster Linie für Eure eigene Befreiung und für die Befreiung der ganzen Menschheit; und das ist ja das Programm der K.A.P.D. (Bravo! und Sehr gut!)

Diskussion

Genosse F r o m m (als Vertreter der Arbeitslosen):

Ich spreche im besonderen Auftrage der Arbeitslosen Berlins und habe den Auftrag, die Arbeitslosenbewegung in Berlin von ihrem Anfangsstadium bis zu dem heutigen Standpunkt Ihnen zu unterbreiten.

Im Sommer vorigen Jahres setzte die Rebellion unter den Erwerbslosen von einigen klassenbewußten Arbeitslosen ein, die auf dem Standpunkt standen, daß ihnen im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht mehr geholfen werden kann. Die praktische Auswirkung unserer grundsätzlichen Einstellung im vorigen Sommer ging davon aus, daß die gesetzlichen Erwerbslosenräte eine Verteilung von Kartoffeln vornahmen, die sie selbst als bezahlte Erwerbslosenräte vornahmen. Die Erwerbslosen Berlins sagten sich, das ist nicht Pflicht der Erwerbslosenräte, die Arbeitslosen wären selbst dazu berechtigt, diese Lebensmittel zu verteilen, um dadurch einigen Erwerbslosen eine Arbeitsmöglichkeit zu verschaffen. Dies lehnten die gesetzlichen Vertreter ab. Dadurch entstand der Kampf gegen die gesetzlichen Räte. Die Erwerbslosen wählten sich seinerzeit einen Aktionsausschuß.

Vorsitzender Genosse R a s c h :

Der Parteitag hat die Aufgabe, grundsätzlich zu der Frage der Erwerbslosen Stellung zu nehmen. Er kann sich aber nicht damit beschäftigen, wie in einem Wirtschaftsbezirk sich die Dinge im Kleinen abgespielt haben. (Sehr richtig!) Ich möchte bitten, darauf Rücksicht zu nehmen.

Genosse F r o m m :

Uns liegt hauptsächlich daran, den Machinationen des Reichserwerbslosen-Ausschusses entgegenzutreten, daß die Erwerbslosenbewegung in Berlin sich in Händen von unlauteren Elementen befinde. Der Reichserwerbslosen-Kongreß hat über die Berliner Arbeitslosenbewegung Dinge verbreitet, denen gegenüber wir die Wahrheit hier feststellen wollen. Eine Demonstrationsbewegung in Berlin setzte dann einstimmig die wirtschaftlichen Räte ab und wählte einen Aktionsausschuß. Die Vertreter in den gesetzlichen Erwerbslosenräten waren so von der Bürokratie durchsetzt, daß sie nicht einmal der Stimmung der Erwerbslosen Rechnung trugen, sondern sich sagten: wir haben unsere Existenz in diesen wirtschaftlichen Vertretungen und scheren uns nicht um die Stimmung der Erwerbslosen, sondern bleiben auf unserem Posten. Selbst unsere eigenen Genossen sind uns in dieser Beziehung entgegengetreten. Dann setzte eine eifrige Gegenaktion von seiten der reformistischen Parteien ein. Aber mit der kleinen Schar, die sich der Aufgabe voll bewußt war, daß wir vor allen Dingen die Ideologie der Erwerbslosen auf den Klassenkampfcharakter einstellen müssen, ist es uns gelungen, die Machinationen vor allen Dingen der V.K.P.D. zu durchkreuzen. Diese Reformisten offerierten den Erwerbslosen große Forderungen, um sie einzufangen, um die Wahl von wirtschaftlichen Vertretungen abermals vorzunehmen. Es ist ihnen bis heute nicht gelungen, die Erwerbslosen in diese Illusion noch einmal einzuwiegeln, daß ihnen von seiten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in irgendeiner Weise geholfen werden könnte. Sie verlangt, daß wir die Erwerbslosen zu einer Demonstration aufrufen sollten, um ihren Forderungen in der Stadtverordnetenversammlung Nachdruck zu verleihen. Wir lehnten es grundsätzlich ab, uns für eine Sache herzugeben, die in dem Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unerreichbar ist. (Sehr gut!) Die Erwerbslosen waren mit dieser unserer Stellungnahme voll und ganz einverstanden. Die Agitation der V.K.P.D. ging nun dahin, daß wir nicht in der Lage seien, den Erwerbslosen in irgendeiner Weise zu helfen. In einer Versammlung stellten wir dann die Erwerbslosen vor die Frage: seid Ihr mit uns oder gegen uns? Wollt Ihr betteln oder kämpfen? Das Ergebnis war, daß die Erwerbslosen mit unserem Vorgehen einverstanden waren. Der Redner schildert weiter die Berliner Verhältnisse, wird dann vom Vorsitzenden gebeten, grundsätzlich zu der Frage Stellung zu nehmen und fährt dann fort, grundsätzlich müssen wir den Klassenkampfcharakter in die Köpfe der Erwerbslosen einhämmern, um sie von der Illusion zu befreien, daß ihnen jemals in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geholfen werden kann.

Vorsitzender Genosse R a s c h teilt mit, daß folgender Antrag eingegangen ist:

"Zur Ausarbeitung von Richtlinien für gemeinsame Arbeit von Partei und Arbeitslosen beantragt der Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin eine Kommission zu wählen."

Genosse N a u t k u ß (Niedersachsen):

Es handelt sich darum, daß wir aus den Erwerbslosen ein Instrument des Kampfes für den Kommunismus machen. Deshalb müssen wir den Erwerbslosen immer und immer wieder sagen, daß mit kleinlichen Mitteln, wie Erhöhung der Unterstützung usw. ihnen nicht geholfen werden kann. Wenn wir ihnen dies vorspiegelten wie die Gewerkschaftsvertreter und auch die V.K.P.D., so appellierten wir nur an den Egoismus der Arbeitslosen und lenken sie vom großen Problem ab. Zweitens müssen wir die Arbeitenden immer wieder darauf aufmerksam machen, daß, wenn sie sich mit den Erwerbslosen nicht solidarisch erklären, die Erwerbslosen eine Gefahr für sie bedeuten, denn der Kapitalismus benutzt doch die Erwerbslosen als Lohndrücker. Also aus rein wirtschaftlichen Gründen sollten die Arbeitenden sich mit den Erwerbslosen in allen Fragen solidarisch erklären. Aber auch eine politische Gefahr kann hier entstehen. Wenn wir es nicht verstehen, die Erwerbslosen für die Revolution durch klare Parolen zu gewinnen, kann das leicht in das Gegenteil umschlagen: die Erwerbslosen können auch unter Umständen Gegenrevolutionäre werden. Es besteht unter den Arbeitern oft die Anschauung, daß die Revolution vorwärts getrieben werden könnte, wenn das Elend sich immer mehr und mehr vergrößerte. Das ist nur bedingt richtig. Wir haben das z.B. nach der Revolution gesehen. Wer stellte denn da das Hauptkontingent für die gegenrevolutionären Formationen? Es waren hauptsächlich Erwerbslose, die keine andere Möglichkeit mehr sahen, ihr Leben zu fristen. (Sehr richtig!) Die Gefahr besteht vielleicht heute noch im größeren Maße. Wenn vielleicht der Kampf von der internationalen kapitalistischen Gesellschaft gegen Rußland aufgenommen wird, so können die Erwerbslosen, die keine andere Möglichkeit mehr sehen, daß ihnen geholfen werden kann, sehr leicht eingefangen werden in diese gegenrevolutionären Formationen, um sich dort ihre Existenz zu sichern, denn der Ertrinkende greift nach dem Strohalm. Darum müssen wir ihnen immer das Ziel klar vor Augen halten: nur durch den Kommunismus kann ihnen geholfen werden und nicht durch kleinliche Mittel. Wir müssen dann die Arbeitslosen von die-

sen gesetzlichen Arbeitslosenräten befreien und sie im revolutionären Sinne zusammenfassen in Bezirke und dann darüber hinaus im ganzen Reich.

Da um 1 Uhr eine öffentliche Versammlung stattfindet, wird hierauf die Verhandlung auf den nächsten Tag 9 Uhr vertagt.

(Schluß: 12 3/4 Uhr.)

4. Tag, Freitag, den 18. Februar 1921,

vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender Genosse R a s c h eröffnet den Parteitag wieder.

Es wird die Diskussion über die Arbeitslosenfrage fortgesetzt.

Genosse N e u m a n n :

Es ist zu bedauern, daß dieser wichtigen Frage eine solche Interesslosigkeit seitens unserer Delegierten entgegengebracht wird. Gestern schon war bei dieser Frage ein Teil der Delegierten garnicht anwesend. Dieses Problem muß viel ernster behandelt werden, denn unsere Partei steht im Reiche noch garnicht auf dem revolutionären Standpunkt. In Berlin haben wir es soweit gebracht, daß alle Mitglieder, die noch im reformistischen Fahrwasser bezüglich dieser Frage segelten, diese Kleinkrämerei der V.K.P.D. und der Gewerkschaften aufgegeben haben. Unsere revolutionäre Bewegung der Arbeitslosen hat zwei Seiten. Einmal müssen die Arbeitslosen zu einer einheitlichen Front organisiert werden mit der Absicht, eine Aktion mit den Arbeitenden hervorzurufen. Und dann ist scharf Stellung zu nehmen gegen alle Reformisten und Opportunisten, die die Arbeitslosenbewegung dazu benutzen, um nicht allein Parteipolitik zu treiben, sondern die revolutionäre Bewegung sozusagen in den Sumpf zu führen. Das kann man besonders von der V.K.P.D. sagen. Die V.K.P.D. hat ohne Zweifel die Dritte Internationale veranlaßt, uns einen Brief zu schreiben und aufzufordern, die Einheitsfront sozusagen mit der V.K.P.D. zu bilden. Aber wie können wir das tun, wenn die V.K.P.D. alles Mögliche tut zusammen mit den Gewerkschaften, mit den gesetzlichen Betriebsräten, um die revolutionäre Bewegung zu hintertreiben! Wenn in Berlin ein Anstoß da war, daß die Arbeitslosen und die Arbeitenden einen Kampf, einen Generalstreik herbeiführen konnten, der eventuell sich zu einer großen Aktion entwickeln konnte, so war es immer die V.K.P.D., die das hintertrieben hat, die unsere Bewegung sabotiert hat. Das ist so weit gegangen, daß sie sich auf Schleichwegen indirekt mit dem Magistrat verbunden hat, damit sie unsere revolutionäre Organisation dort ruinieren konnte. Die V.K.P.D. bildet nicht in den Gewerkschaften die Keimzelle, nein, sie verbindet sich mit den Gewerkschaften und den gesetzlichen Betriebsräten und sagt: wir können es nicht zulassen, daß

dort eine revolutionäre Bewegung der Arbeitslosen besteht. Mit dieser Arbeitslosenbewegung wollen wir zwei Ziele verfolgen, wir wollen einerseits den revolutionären Geist der Arbeitslosen stärken und andererseits die Reaktion aller Körperschaften, die noch nicht auf dem revolutionären Boden stehen, bekämpfen. Unsere Partei geht in der Beziehung noch immer sehr langsam vor. Unser Programm hatte von Anfang an schon die Feindschaft den Gewerkschaften erklärt. Aber gestern ist hier beschlossen worden, daß unsere Mitglieder aus den Gewerkschaften auszutreten und in die Union einzutreten haben. Es kommt auch noch vor, daß Mitglieder von uns im Mieterbund, in Wohnungsgenossenschaften, im nationalen Bund der Kriegsbeschädigten usw. sind. Das sind nicht neutrale wirtschaftliche Organisationen, wie es immer heißt, nein, alle diese Organisationen haben ein politisches Ziel: die heutige kapitalistische Gesellschaft direkt oder indirekt zu unterstützen und die Arbeiterschaft von dem revolutionären Ziel abzulenken. Da müssen wir ganz drastisch vorgehen und unseren Mitgliedern sagen: Ihr habt zu wählen, entweder so oder so, heute gibt es keine neutrale wirtschaftliche Organisation mehr, und wenn Ihr für die Revolution kämpfen wollt, so müßt Ihr aus allen diesen Organisationen austreten. Es ist lächerlich, daß wir über solche Selbstverständlichkeiten hier noch Beschlüsse fassen müssen. In Berlin haben wir alle Arbeitslosen, die überhaupt in der Sache denken und fühlen, hinter uns, obgleich die Magistratsbehörden mit den Gewerkschaften und den gesetzlichen Betriebsräten und der V.K.P.D. die Arbeitslosen wieder von dem revolutionären Gedanken losreisen wollten. Jetzt wollen sie wieder eine Wahl für wirtschaftliche, bezahlte Räte machen. Wir hoffen, daß die Arbeitslosen hier wieder dasselbe machen werden wie früher, daß sie die Urnen durchs Fenster werfen, die Zettel zerreißen und veranlassen, daß die Bonzen fliegen und daß überhaupt keine Wahl stattfindet. Das ist das beste Mittel, um zu zeigen, daß die Arbeitslosenbewegung eine revolutionäre geworden ist. Im Reich sieht es anders aus als in Berlin. Mit Ausnahme von Hannover sind die Arbeitslosen im Reich noch reaktionär organisiert. Wenigstens sollte man im Reich versuchen, die Arbeitslosen in die Arbeiter-Union hineinzubekommen, das ist so gut wie die politischen Räte, und wir sind dann sicher, daß die Arbeitslosen nicht mehr in das reformistische Fahrwasser geraten. Wir bezwecken aber mit der Organisation der Arbeitslosen nicht, eine Konkurrenzorganisation gegen die Reichsorganisation der Erwerbslosenräte zu schaffen und womöglich einen Kongreß einzuberufen. So dumm sind wir nicht, zu glauben, daß die Erwerbslosen auf revolutionärem Wege allein das Problem

der Arbeitslosigkeit lösen können. Wir organisieren sie nur, damit sie Führung mit den Arbeitenden in den Betrieben bekommen sollen und einen Einfluß auf die Arbeitenden ausüben sollen, damit diese sich solidarisch mit den Arbeitslosen erklären und darauf dringen, daß, wenn ein Anstoß zu irgendeiner Aktion kommt, sie zusammen mit den Arbeitslosen handeln sollten. Deshalb würden wir die Idee eines Reichskongresses der Arbeitslosen auf revolutionärer Basis verwerfen. Aber andererseits muß man im Reiche Propaganda auf unserer Grundlage machen. Wenn dann in allen Teilen des Reiches die Arbeitslosen auf unserem Standpunkt stehen, können die Vertreter aus dem Reich zusammentreten, damit eine einheitliche Arbeit in allen Bezirken vor sich geht. Die Arbeitslosen brauchen keine bezahlten Bonzen. Selbsthilfe ist bei ihnen das beste Mittel. Sie sollen sich zu Hunderten und Tausenden zusammenscharen und zu dem Dezernenten gehen und ihre Sache persönlich vortragen und mit der Faust auf den Tisch klopfen. Aber was die allgemeinen Ziele der Arbeitslosen anlangt, so müssen sie dazu revolutionäre Vertreter haben, und das können nur die politischen Räte sein. Die politische Rätebewegung ist bereits von der V.K.P.D. erstickt worden zu einer Zeit, wo durch den Zusammenschluß der politischen Räte mit der K.A.P.D. und der Union wirklich die Arbeiterschaft zu einer revolutionären Tat erweckt werden konnte, wo aber auch wir einen großen Fehler begangen haben, nämlich den, daß wir es zugelassen haben, daß man politische Räte in den Betrieben wählte, wo noch die gesetzlichen Betriebsräte waren. (Sehr richtig!) Das ist ein Wahnsinn. Wir müssen die Arbeiterschaft vor die Alternative stellen: entweder revolutionäre politische Räte oder andere, gesetzliche Räte. solange die Arbeiterschaft noch für gesetzliche Betriebsräte im Betriebe ist, ist die Sache hoffnungslos.

Der Zweck, warum wir hierher gekommen sind, ist der, Euch nahe zu legen, daß, wenn Ihr in Eure Bezirke zurückgeht, Ihr darauf dringt, daß dort die Arbeitslosenfrage auf Basis der Berliner Bewegung eingestellt wird, daß dort ähnliche Richtlinien acceptiert werden, wie wir sie haben, daß man in allen Bezirken darauf dringt, daß die wirtschaftlichen, bezahlten Räte abgesetzt werden und daß die Arbeitslosen aufgeklärt werden, daß die revolutionären Vertreter nicht dazu da sind, die Kleinkrämerei mit Magistrat und Behörden zu treiben, daß das eine Sache der Arbeitslosen selbst ist, daß die Arbeitslosen nur eingestellt werden müssen für die eventuelle Aktion zusammen mit den Arbeitenden, daß darauf gedrungen wird, daß auch die Arbeiter-Union, wo sie besteht, die Arbeitslosen in die Hände nimmt, damit sie nicht mehr die Opfer der Opportunisten und Re-

formisten werden. Wenn wir das überall einheitlich tun, wird sich auch ein ersprießliches Resultat zeigen. Die Arbeitslosensache darf nicht nebensächlich behandelt werden. Nein, es ist eine große Hauptsache, weil sie ein Faktor des revolutionären Kampfes ist. (Bravo!)

Genosse S t e r z i n g (Gotha):

Als Vertreter von Groß-Thüringen erkläre ich mich mit den Ausführungen des Referenten und des Genossen Neumann einverstanden. Wir billigen voll und ganz den offenen Brief nach Moskau in Bezug auf die Arbeitslosen.

Referent Genosse A d a m (Schlußwort):

Ich habe schon darauf hingewiesen, wie man immer wieder den Arbeitslosen einredet, daß es doch irgendwie einen Ausweg für sie geben könnte. Da muß noch erwähnt werden, daß man jetzt versucht, die Arbeitslosen nach kapitalistischen Ländern auswandern zu lassen. Aber auch in diesen Ländern ist die Krise mehr oder weniger vorgeschritten, und es würde das nur eine Rettung für eine ganz kurze Zeit bedeuten. Das wäre so, wie wenn man in einem brennenden von einem Zimmer zum anderen rennt, bis man dem Feuertode ausgeliefert ist. Es kommt hier noch hinzu, daß man die Arbeitslosen dort der allerkrassesten Rechtlosigkeit preis gibt, daß sie dort vollständig abgeschnitten sind von denjenigen klassenbewußten Proletariern, die ihnen in ihrem eigenen Lande wenigstens einen Stützpunkt gewähren und daß sie dort draußen nur als Lohndrucker und als vollständige Sklaven verwendet werden, die bedingungslos der Willkür der Sklavenhalter ausgeliefert sind. Man will sparen dadurch, daß man versucht die Gehälter abzubauen. Das wird eine Schwächung der Konsumenten zur Folge haben. Man wird in kurzer Zeit irgendeinen Weg gefunden haben, um die Arbeitslosenunterstützung vollständig zu entziehen. Man schlägt dafür natürlich einen langsamen Weg ein. Man will die Zerreißungsmaschine etwas mehr in Funktion setzen. Man gibt immer so viel zu, wie eben die Situation momentan ertragen kann. Durch die Kohlenlieferung, die wir vor allem an Frankreich vornehmen müssen, wird die Arbeitslosigkeit in diesen Ländern steigen. Wenn wir alle diese Zusammenhänge klar aufweisen, sehen wir die Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft. Wir müssen darauf hinweisen, daß die einzige Lösung, wenn auch langsam, aber sicher Erfolg hat, und das ist die Lösung, die man in Rußland gefunden hat. Wir müssen dem gesamten Proletariat zeigen, daß, wenn die Russen in Ruhe gelassen werden, sie die Möglichkeit haben, daß etwas geschaffen wird, das dem übrigen Proletariat einen

solchen Anschauungsunterricht bieten wird, daß es sagen wird: auf diesem Weg müssen auch wir fortschreiten. Man wird sehen, daß das die Befreiung der Menschheit ist. Das kann aber nicht dadurch geschehen, daß man eine Bourgeoisie mit einem proletarischen Staat verbindet, sondern die Vorbedingung für diesen Sieg ist die proletarische Diktatur. Und dann wird die Frage so entschieden werden, daß es nicht heißt: Untergang in der Barbarei, sondern über die Diktatur des Proletariats zum Kommunismus! (Bravo!)

Es wird hierauf folgender Antrag des Wirtschaftsbezirks Niedersachsen (Hannover) einstimmig angenommen:

Die Arbeitslosen in allen Städten sollen aufgefordert werden, revolutionäre Räte zu wählen, die nach Bezirken zusammengefaßt werden sollen zwecks Aktionen mit den revolutionären Räten aus den Betrieben. Die revolutionären Räte der Arbeitslosen werden angehalten, die legale Tätigkeit der gesetzlichen Räte als reformistisch und opportunistisch zu bekämpfen. Der Kampf der revolutionären Räte gilt dem Sturz der heutigen kapitalistischen Gesellschaft und der Diktatur des Proletariats.

Jugend-Frage

Referent Genosse Schiller:

Genossen, die Jugendfrage auf der Tagesordnung des Parteitag zeigt an, daß die Partei nach den inneren Auseinandersetzungen über Wolffheim und Laufenberg, über Rühle die Hände frei bekommen hat zu praktischer revolutionärer Arbeit. (Sehr gut!) Die Revolution erfordert, daß die Partei mit allen ihren Kräften zugreift um die Jugendarbeit in die Hände zu nehmen neben der Arbeit unserer Jugendgenossen selbst. Das Vorspiel für diesen Punkt zeigt eigentlich an, daß wir eine ganz falsche Einstellung zur Jugendfrage haben. Die Jugend läßt Euch sagen, daß die Partei, die Genossen hier, Ihr selbst, jeder einzelne und die Verantwortlichen in den Ortsgruppen ihre Pflicht nicht getan haben und Ihr sollt es heute hören, daß Ihr dazu berufen seid, selbst tätig einzugreifen, daß Ihr dazu befähigt sein müßt, den Jugendlichen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Dazu ist notwendig, daß Euch das an die Hand gegeben wird, was Ihr für die Jugendarbeit braucht. Es kann nicht so sein, wie wir es zum Teil erleben in der Frage der Betriebsorganisation, daß Genossen erklärt haben: davon ver-

stehe ich nichts. Wir fordern in der Partei, daß jemand nach dem Programm ebenso bewandert ist in der Frage der B.O wie in allen Fragen der Partei. Und so sagen wir, wie ein Genosse unserer Partei revolutionär kämpfen muß unter den Erwerbslosen, so muß er auch seinen Mann stehen für die Jugendarbeiten. (Sehr richtig!) Genossen, ich sage Euch, es läßt tief blicken - und es ist nicht nur in unserer Partei so, ich glaube sogar in unserer Partei haben wir die besten Aussichten, Verständnis für uns zu finden. In anderen Parteien finden wir diese Tatsache noch viel schlimmer, da hat man überhaupt kein Verständnis. Geht in die Betriebe, die Erwachsenen werden immer sagen: was verstehst Du davon, wenn der Jugendliche einmal wagt, den Erwachsenen auf seine Rückständigkeit hinzuweisen. (Sehr richtig!) Wir fordern von Euch, von jedem Delegierten, der hier ist, daß er das, was er hier hört, nicht nur berichtet, sondern in Ermangelung von anderen Kräften selbst jetzt dafür sorgt, daß die Jugendarbeit von Partei wegen ihren Anfang nimmt. (Sehr richtig!) Deshalb ist es nur meine Aufgabe, Euch das als Unterlage zu geben, was Ihr dazu braucht, ganz knapp, aber das Wichtigste, damit Ihr orientiert seid.

Das erste, was Ihr braucht, wird sein ein kurzer geschichtlicher Rückblick über die Jugendbewegung seit dem Heidelberger Parteitag. Zweitens müssen wir Euch bekanntmachen mit dem Inhalt unserer Jugendbewegung, mit Programm und Organisation. Und drittens werde ich euch zeigen, welche Aufgaben die Partei auf dem Gebiete der Jugendarbeit übernimmt.

Genossen, während des Heidelberger Parteitages fand in Weimar die Jugendkonferenz der freisozialistischen Jugend statt. Wir hatten in der proletarischen Jugend auf der revolutionären Seite nur eine Jugend, die bekannt war unter dem Namen freie sozialistische Jugend. Die nicht revolutionäre unter der proletarischen Jugend war die der rechtssozialistischen Arbeiterjugend. Und während in Heidelberg die Spaltung der Partei sich vollzog wegen der grundsätzlichen Fragen, die uns allen bekannt sind, mußte in Weimar unter der Jugend erst der Trennungsstrich gezogen werden zwischen den Jugendlichen, die noch in rechtssozialistischen Auffassungen befangen waren, die in der unabhängigen Sozialdemokratie ihre Partei sahen. Denn das wollen wir auch aussprechen, die unabhängige Partei hat eine Jugendbewegung, die sich nicht unterscheidet von der rechtssozialistischen Arbeiterjugend in ihrer Auffassung, in ihrem Programm usw. (Sehr richtig!) Da die Jugend selbst auf ihrer Weimarer Tagung nicht zu gleicherzeit wie die Partei die Auseinandersetzungen hatte, wegen dieser unklaren Situation in der Jugendbewegung selbst, müßte die Auseinandersetzung erst

später zum Austrag kommen. Trotzdem will ich hier sagen, zu gleicherzeit wie in Heidelberg wurde in Weimar über die Betriebsorganisation diskutiert, und man brach die Debatte sehr vorzeitig ab. Klare Stellung in der Frage wurde nicht genommen.

Nach der Gründung der K.A.P.D. erst kamen die Auseinandersetzungen über die grundsätzlichen Fragen auch in die Jugend. Auf der Mai-Konferenz der kommunistischen Jugend, der freien sozialistischen damals noch im vorigen Jahre, entschied sich die Jugend -damit Ihr wißt, wie ungefähr der Stand der Auffassungen war- entschieden sich von den Delegierten 51 für unsere Auffassung, 66 für eine mittlere Auffassung, für die, sagen wir einmal, Berliner Auffassung, die antiparlamentarisch war, und 137 Delegierte entschieden sich für Spartakus. Wir können sagen, daß die antiparlamentarische Auffassung, also unsere Auffassung damals in der Jugend sich die Waage hielt mit der anderen Auffassung.

Mit dieser Weimarer Konferenz begann der Klärungsprozeß in der Jugend selbst in den einzelnen Ortsgruppen. Unsere Genossen erkannten sofort die Situation und organisierten in der freien sozialistischen Jugend die Opposition. Und bald darauf beriefen wir eine Konferenz nach Leipzig, im August vorigen Jahres. 50 Gruppen waren da durch Delegierte vertreten. Wir gaben dort erst einmal unsere Stellung zu allen grundsätzlichen Fragen bekannt, nahmen Stellung auch zur Partei und erklärten, daß wir in der K.A.P.D. die einzige aktive revolutionäre politische Organisation in Deutschland sehen. Wir gaben da noch einen Aufruf zum internationalen Jugendtag heraus, der sich auszeichnete durch seine aktive Parole, durch seine revolutionäre Parolen, die sich von den Parolen der freien Sozialisten der jetzigen kommunistischen Jugend unterschieden.

Diese Leipziger Korrespondenz der Opposition war der Anlaß zum Beginn des Ausschlusses unserer Genossen im ganzen Reich aus der kommunistischen Jugend. Wir waren gezwungen -das war ja auch unsere Pflicht-, sofort die Dinge weiter zu treiben, und beriefen die Braunschweiger Konferenz der Opposition ein. Auf der waren 60 Gruppen vertreten durch Delegierte. Wir konstituierten uns als kommunistische Arbeiterjugend. Wir nahmen Stellung zur politischen Lage, zum Programm, zum Organisationsaufbau, zur Jugendinternationale und zur Zeitungsfrage. Zur Orientierung unserer Genossen haben wir hier die "Rote Jugend" Nr. 4 ausgegeben. Da findet Ihr das Protokoll über diese Konferenz. Das wird Euch gute Dienste leisten, wenn Ihr Rede und Antwort stehen müßt in den Gruppen der Jugend und wenn Ihr selbst die Jugendarbeit aufbauen müßt. Wir können feststellen, daß auf

dieser Braunschweiger Reichskonferenz der kommunistischen Arbeiterjugend eine einheitliche Auffassung war. Nur zwei Eisenacher Delegierte vertraten die Rühle-Auffassung und dann noch ein Hamburger die Wolffheim-Laufenberg'sche. Die Konferenz hat ohne weiteres die Frage gestellt, ob sie damit noch zu unserem Programm stehen. Wir sagten, das kann nicht geschehen, und man hat die Delegierten aus der Konferenz ausgeschlossen. Damit war die Frage für uns erledigt.

Von Bedeutung von dieser Konferenz ist noch folgender Beschluß, daß die Jugend erklärte: "auf Grund unseres Programms, das sich ausspricht gegen die Gewerkschaften und für die Betriebsorganisation, fordern wir den Austritt aus den Gewerkschaften und den Eintritt in die Betriebsorganisation. Ausnahmen werden nur in besonderen Fällen gemacht nach Prüfung." Dieser Beschluß war für unsere Jugendarbeit in den einzelnen Gruppen von der Bedeutung, daß wir ausschließen konnten alle Wort-Revolutionäre, daß wir nur die in unseren Gruppen behielten, die wirklich zu unserem Programm standen, die zur Betriebsorganisation standen.

Ein weiterer wichtiger Beschluß war der in der Frage der Jugendinternationale. Über diese Frage müßt Ihr orientiert sein, weil auch das erst eine Frage sein wird, die in der Jugend noch oft diskutiert wird. Wir haben auf der Konferenz beschlossen, daß in der Erkenntnis, daß der Kampf des Proletariats international sein muß, die Proletarier auch eine internationale Organisation haben müssen, die nur auf kommunistischer Grundlage beruhen kann, und für die Jugend kam für uns die kommunistische Jugendinternationale in Frage. Deshalb wurde die Frage gestellt: für oder gegen die Jugend-Internationale? Da entschied sich die Konferenz für den Anschluß an die kommunistische Jugend-Internationale. Nun war uns bekannt, daß die Jugendinternationale als Teil der Kommunistischen Dritten Internationale die Bedingungen des Moskauer Kongresses anerkennt und ihre angeschlossene Organisation zur Innehaltung dieser Bedingungen verpflichtet ist. Wir erklärten: wir schließen uns an auf Grund unseres Programms, wir werden uns nicht fügen den Beschlüssen in der Parlaments- und Gewerkschaftsfrage, und die Jugendinternationale soll erklären, ob sie ablehnen will die klarsten und revolutionärsten Jugendlichen in Deutschland. Wir werden sehen, ob der Kongreß, der jetzt bald stattfindet, der Kongreß der Jugendinternationale, der entscheiden soll, es wagt, uns abzulehnen. (Sehr gut!)

Aber das ist der Unterschied, wir standen vor der Frage: sollen wir ein ähnliches Verhältnis eingehen wie die Partei als sympathisierende Organisation oder nicht? Der Arbeitsausschuß schlug vor, da er unter den

heutigen augenblicklichen Verhältnissen keine andere Möglichkeit sah, ein ähnliches Verhältnis einzugehen, da der vollberechtigte Anschluß selbstverständlich bedeutet hätte, auch die Verpflichtungen zu übernehmen. Die Jugend-Konferenz setzte sich darüber hinweg und erklärte: hier ist unser Programm, dazu hat die Jugendinternationale jetzt Stellung zu nehmen, wir verlangen den Anschluß als vollberechtigte Organisation. Diesen Beschluß haben wir dem Exekutiv-Komitee der Jugendinternationale mitgeteilt, und die Antwort war selbstverständlich, die sie geben muß auf Grund ihrer Einstellung, auf Grund ihres Programms, daß das Exekutiv-Komitee uns als Organisation ablehnt. Wir haben das nicht anders erwartet, denn das Exekutiv-Komitee ist für uns noch nicht die Jugendinternationale. Das Exekutiv-Komitee ist eine ganz einseitig zusammengesetzte Körperschaft. Wir sagen, die Kommunistische Jugendinternationale selbst hat darüber zu entscheiden, und dem internationalen Kongreß werden wir die Frage des Anschlusses vorlegen.

Aber noch eins ist hier mitzuteilen. Während an alle Organisationen, an alle möglichen Organisationen Einladungen zum internationalen Jugend-Kongreß ergangen sind, selbst an die rechte proletarische Jugend, die rechte unabhängige Jugend, die Jugend der Hilferdinge, der Crispian usw., hat man die kommunistische Arbeiterjugend nicht eingeladen. (Hört, hört!) Genossen, das haben wir sofort aufgegriffen und haben erklärt: wir klagen das Exekutiv-Komitee an, das es wagt, die revolutionärste Jugendorganisation, die im Geiste Karl Liebknecht kämpft, nicht einzuladen, aber die rechte unabhängige Jugend einzuladen. Genossen, es war von Wirkung. Die Einladung ist sofort erfolgt. Es wäre für diese Genossen sicher eine feine Situation oder, sagen wir einmal, eine sonderbare Situation auf dem internationalen Kongreß gewesen, hätten sie das erklären müssen, daß man uns nicht einladet.

Genossen, wir geben uns in der Frage der Jugendinternationale keinen Illusionen hin. Wir wissen in der Partei, daß wir in der Frage der Dritten Internationale kämpfen müssen, in der Dritten Internationale ringen müssen um die Anerkennung unserer Auffassungen, weil wir eben die ersten sind im Weltproletariat, die über westeuropäische Dinge orientiert, diese Auffassung vertreten müssen. Und so geht es auch der Jugend. Wir werden in der kommunistischen Jugendinternationale um unsere Auffassungen ringen müssen. Sollte die kommunistische Jugendinternationale uns noch nicht übertragen können, nun, es ist für uns nicht schlimm, sondern für die kommunistische Jugendinternationale. Warten wir ab, sie soll entscheiden, die Ge-

nossen aus den anderen Ländern sollen entscheiden, aber nur die, die der Ausdruck des Willens der revolutionären Jugend sind und nicht irgendein Apparat, der zufällig zusammenkommt. Genossen, deshalb sage ich das so eingehend. Es gibt darüber eine entsprechende Literatur, z.B. die Internationale Jugend-Korrespondenz, die einen Bericht darüber gibt, über den Briefwechsel usw. Also an Euch liegt es, sich zu orientieren, wer verpflichtet ist, sich der Jugendarbeit zu widmen.

Genossen, so viel Geschichtliches! Nun zum Programm und zur Organisation der kommunistischen Arbeiterjugend, denn Ihr müßt ja erst einmal bereit und orientiert sein, in welchem Sinne die kommunistische Arbeiterjugend von Euch Arbeit verlangt.

Erstens einmal zur Rolle der Jugendbewegung in der Revolution! Das ist eine Frage, die eben gerade bei den alten Genossen noch nicht völlig geklärt ist. Wir sagen und müssen das überall vertreten, daß unsere Organisation die politische Organisation der Jugend ist. Wir sind die Zusammenfassung der klarsten und entschlossensten Elemente der Jugend. Die kommunistische Arbeiterjugend ist der Vortrupp der gesamten proletarischen Jugend. Und deshalb können wir nicht sein eine Zusammenfassung irgendwelcher unklarer Jugendlichen, eine zufällige Erziehungsgemeinschaft und Bildungsgemeinschaft, sondern wir sind das für die Jugend, was die Partei für die erwachsenen Arbeiter ist: die politische Organisation. Die Jugend muß deshalb zu allen Fragen des proletarischen Kampfes selbständig Stellung nehmen und, was wichtiger ist: sie muß sich eingliedern mit ihrer Arbeit und ihrer Organisation in die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes. Dazu zwingt sie besonders die Lage der Jugend. Und wir stellen fest, daß die Jugend genau so leidet wie die erwachsenen Proletarier unter dem Zerfall des Kapitalismus, unter der Ausbeutung. Die Jugend fühlt ebenso die Arbeitslosigkeit, die Teuerung, die Not und das Elend. Es gibt da keine Unterschiede. Wenn wir gewisse Unterschiede feststellen, so nur die, daß die Jugend noch mehr ausgebeutet wird, weil die Jugend die billige Arbeitskraft darstellt, die willige Arbeitskraft, daß die Jugend, indem sie die Lehrlinge darstellt, in den Lehrlingszuchtvereinen wiederum weit mehr ausgebeutet wird als die Erwachsenen. Aber die Jugend leidet genau so wie die Erwachsenen, sie ist in dieselbe Lage gedrängt wie die Erwachsenen durch die heutige kapitalistische Ordnung. Und daraus ergibt sich für die Jugend der Kampf an der Seite der erwachsenen Proletarier. (Sehr richtig!) Deshalb muß die kommunistische Arbeiterjugend Stellung nehmen zu den politischen Parteien. Und wir haben erklärt, daß wir, die kommunisti-